

Echtes Geld statt Pseudofranken

Von Martin Alder — Der ehemalige Bankenprofessor Hans Geiger geisselte die Vollgeld-Initiative in der *Weltwoche* als «marxistische Idee». Dabei verlangt sie lediglich ein Geldmonopol für die Schweizerische Nationalbank. Eine Replik in Fragen und Antworten.

Die Nerven liegen blank, mit gutem Grund! Da gibt es doch tatsächlich über 110 000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sich erfreuen, ganz offen mit ihrem Namen und ihrer Unterschrift die Forderung aufzustellen, dass nur die Schweizerische Nationalbank (SNB) Schweizer Franken herstellen und in Umlauf bringen darf. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit – würde man meinen.

Adam und Eva: Ja, ist es denn heute nicht schon so?

Baum der Erkenntnis: Leider nein.

A und E: Wer profitiert denn von der Möglichkeit, selber Geld herzustellen?

B: Natürlich derjenige, der das tut.

A und E: Wer ist das?

B: Das sind entweder Geldfälscher oder (im heutigen System) kreditvergebende Banken. Sie schaffen das Geld für die Kreditvergabe in dem Moment, in dem der Kredit vergeben wird. Per Knopfdruck, ganz eigenmächtig.

A und E: Ist dieses Privileg gesetzlich oder gar verfassungsmässig abgesichert?

B: Nein.

A und E: Warum haben die es denn?

B: Weil sie es sich genommen haben. Freie Marktwirtschaft heisst das.

A und E: Aha, dann kann das jeder machen?

B: Nein, man muss Geldfälscher oder eine Bank sein.

A und E: Warum?

B: Weil man nur dann ein Zahlungsmittel herstellen kann, das dem echten Schweizer Franken der SNB zum Verwechseln ähnlich sieht.

A und E: Widerspricht das nicht dem Sinn des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), nach dem ein Produkt (Pseudofranken) nicht mit einem anderen (echten Franken) verwechselbar sein darf?

B: Doch.

A und E: Und wird da nicht das «Markenprodukt» Schweizer Franken gefälscht und alle Verwender im falschen Glauben gelassen, es handle sich um von der SNB garantiertes Geld?

B: Doch.

A und E: Warum lässt der Staat das alles zu?

B: Weil das normale Interessenpolitik ist.

A und E: Was hat das mit liberaler freier Marktwirtschaft zu tun?

B: Nichts.

A und E: Aber weiter oben war das doch die Begründung für die private Geldschöpfung?

B: Ja, schon, aber die Forderung nach «freier Marktwirtschaft» gilt nur dann, wenn sie



Im falschen Glauben: Adam und Eva.

Partikularinteressen dienen kann. Müssen sich die Partikularinteressen selber ebenfalls der «freien Marktwirtschaft» stellen, dann ist diese nicht mehr massgebend.

A und E: Wer ist denn benachteiligt, wenn ein paar Privilegierte Geld herstellen?

B: Alle anderen. Die Steuerzahler, die – Regulierungen hin oder her – im Ernstfall zur Bankenrettung geschröpft werden, damit der (im heutigen System) von den Banken abhängige Zahlungsverkehr funktionsfähig bleibt. Dann alle anderen Finanzdienstleister und Unternehmen der Realwirtschaft, die die Zahlungsmittel für ihre Geschäftstätigkeit nicht gleich selber herstellen können. Weiter alle anderen Finanzmarktteilnehmer, die nur mit bereits vorhandenem Geld Wertpapiere kaufen können, während Banken diese mit selbstgemachtem Geld erwerben und dabei die Finanzmärkte zu Blasen aufblähen. Inno-

«Mich interessiert nicht, wer die Gesetze macht, solange ich das Geld kontrolliere.»

vative Fintech-Unternehmen, die mangels gleich langer Spiesse traditionelle Banken nicht direkt konkurrenzieren, sondern ihnen bloss zudienen können. Kleine Banken gegenüber Grossbanken wegen des Regulierungsdrucks und wegen systemischer Bevorzugung von Grösse. Alle Nichtbanken wegen des zusätzlichen Wachstumsdrucks, um die aus dem Nichts und privat geschöpfte Geldmenge verzinsen zu können. Der Normalbürger, der angesichts der mit schnellem Geld befeuerten Immobilienmärkte sich immer weniger Wohneigentum leisten kann. Der zukünftige Rentner, dessen Altersguthaben wegen der Geldschwemme kaum noch verzinst wird. Die Pensionskassen, die bei der Jagd nach Rendite immer riskantere Investitionen tätigen müssen. Und Staat und Bürger, denen heute die möglichen Geldschöpfungsgewinne vorenthalten bleiben.

A und E: Hätten die Banken finanzielle Einbussen, wenn nur noch die SNB Schweizer Franken in jeglicher Form herstellen würde?

B: Nein.

A und E: Käme es zu Personalabbau?

B: Nein.

A und E: Warum wehren sich denn besonders die Grossbanken dagegen?

B: Weil sie ihre dominierende, privilegierte Stellung als Geldhersteller verlieren würden. «Mich interessiert nicht, wer die Gesetze macht, solange ich das Geld kontrolliere», hat schon der Bankier Amschel Mayer von Rothschild erkannt. Und wer das Geld macht, kann die Gesetze mitgestalten. Auch in der Schweiz, etwa bei den *too big to fail*-Regulierungen, wo 5 Prozent Eigenkapital als krisensicher gelten. Nur bei Banken natürlich, normale Unternehmen brauchen viel mehr, besonders wenn sie von einer Bank einen Kredit wollen.

A und E: 95 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung wird von Nichtbanken erbracht. Ist es da nicht nachvollziehbar, dass auch die übrigen 5 Prozent nur noch mit Geld arbeiten sollen, das sie vorher beschafft haben, damit alle Wirtschaftsteilnehmer die gleichen geldsystemischen Voraussetzungen hätten?

B: Schon, doch auch ein noch so vernünftiger Vorschlag, der der Allgemeinheit dient, wird bekämpft, wenn er mächtige Partikularinteressen in Frage stellt.

A und E: Aber wie kann man das, wenn es doch keine vernünftigen Argumente dagegen gibt?

B: Man veranstaltet einfach Wettbewerb.

A und E: Wettbewerb?

B: Ja. Wer kann den schwärzesten Teufel an die Wand malen? Bereits gibt es Vorschläge: «Experimentierfall für unerprobte Reformen» (Bundesrat), «gefährliches Hochrisiko-Experiment» (Bankiervereinigung und Economie-suisse), «Leergeld» (Avenir Suisse), «marxistische Ideen» (Hans Geiger in der *Weltwoche*). Die Einsendungen haben eine Gemeinsamkeit: Sie verdrehen Tatsachen und behaupten wild drauflos, ohne je irgendwas plausibel zu begründen, weil es eben keine rationalen Argumente dagegen gibt, dass nur die SNB Schweizer Franken herstellen soll.



Martin Alder ist Ökonom. Er gehört dem Kampagnenteam der Vollgeld-Initiative an.